

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Martin Güll

Abg. Thomas Gehring

Abg. Otto Lederer

Abg. Günther Felbinger

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 3 e und 3 f** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums)

(Drs. 17/2361)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Gymnasium plus: Lernen im eigenen Takt durch pädagogische Reformen in der Unter- und Mittelstufe und Stärkung der Eigenverantwortung in der Oberstufe durch Kurssystem und flexibler Oberstufe (Drs. 17/2447)

- Erste Lesung -

Die Redner von SPD und GRÜNEN werden die Begründung und Aussprache zusammenfassen. Sie erhalten damit zehn Minuten Redezeit. Es beginnt der Kollege Güll. Bitte schön, Herr Güll.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat befinden wir uns im Moment in einem laufenden Prozess, ein zentrales und wichtiges Thema neu zu ordnen. Es geht darum, die Form und die Laufzeit des Gymnasiums für die nächsten Jahre, vielleicht auch für die nächsten Jahrzehnte festzulegen. Man kann den Eindruck haben, es gäbe in der Bildungspolitik gar kein anderes Thema. Es ist aber so, dass man dieses Thema noch einmal fundiert und gründlich behandeln muss. Die Frage, ob man in diesem laufenden Prozess auch einen Ände-

rungsgesetzentwurf einbringen kann, kann man ruhigen Gewissens mit Ja beantworten.

Ich will auch ganz kurz sagen, warum diese Gesetzesänderung aus unserer Sicht notwendig ist. Wir haben zehn Jahre hinter uns, seit Ihr ehemaliger Ministerpräsident eine Verkürzung der Laufzeit des Gymnasiums auf den Weg gebracht hat, die offensichtlich so schlecht und ohne Konzept gemacht wurde, dass wir nicht zur Ruhe gekommen sind. In der Konsequenz hat diese Verkürzung für das Ministerium immer wieder bedeutet, dass es die Unzulänglichkeiten dieser politischen Entscheidung nachbessern musste. Im Einzelnen will ich Ihnen die Aufzählung ersparen, was das war. Ich nenne nur Stichworte wie Veränderung der Notengebung und der Bewertungen, Flexi-jahr und so weiter. Letztendlich gab es keine Lösung, die die Schulfamilie in Gänze zufriedengestellt hätte.

Deshalb ist es notwendig, die Kernfrage zu stellen: Liegt es tatsächlich auch an der Laufzeit des Gymnasiums und nicht nur an der inhaltlichen Gestaltung? Ich weiß, dass der Kollege Lederer wieder meine Einlassung von vor zwei Jahren zitieren und sagen wird: Keiner will zurück zu neun Jahren. Herr Kollege Lederer, die Welt dreht sich nun einmal weiter, und man kann sich auch weiterentwickeln. Das würde ich Ihnen manchmal auch wünschen. Deshalb beschäftigen wir uns, seit wir die ersten Abiturjahrgänge des G 8 hinter uns haben, intensiver mit der Frage, wie das Gymnasium aussehen soll und wie lange seine Laufzeit sein soll.

In der Tat haben wir uns den Veränderungen auch schon angenähert. Vor zwei Jahren waren wir so weit, wie es die GRÜNEN heute sind, nämlich die Unter- und die Mittelstufe neu zu regeln und die flexible Oberstufe einzuführen. Ja, wir haben uns in der Diskussion mit der Schulfamilie unter Einbeziehung der unverkennbaren Entwicklungen neu positioniert und uns dazu durchgerungen, die Frage, wie lange das Gymnasium dauern soll, so zu beantworten: Für einen erheblichen Teil der Schüler ist es besser, die neun Jahre wieder einzuführen. Darum kommt niemand herum, letztendlich

auch die Staatsregierung nicht, wenn sie sich diese Frage stellt. Wir müssen das dann auch im Gesetz so festschreiben.

Der Artikel 9, der die Laufzeit des Gymnasiums festlegt, muss in Zukunft entweder regeln, dass wir bei acht Jahren bleiben, oder wir machen es wie die FREIEN WÄHLER und schreiben "acht oder neun Jahre" hinein. Oder wir schreiben hinein, wie wir es in diesem Gesetzentwurf gerne haben wollten: Die Laufzeit ist neun Jahre. Sie finden das in diesem Gesetzentwurf auch nicht mehr, weil ich – dazu stehe ich auch – schon der Meinung bin, dass wir die Ausgestaltung des Gymnasiums in dem jetzt begonnenen Prozess über einen großen Konsens der Schulfamilie herstellen sollen. Den Inhalt des Gymnasiums sollten wir in einem großen gemeinsamen Prozess festlegen. Wir kommen nicht darum herum, die Frage zu stellen und zu beantworten, auf welcher Basis wir dieses neue Gymnasium aufbauen. Jemand, der Autos entwickelt, wird sich auch überlegen, ob er einen Sportwagen oder einen Tourenwagen entwickeln will, um dann festzulegen, wie man die Komponenten zusammenbaut.

Ich halte es für angebracht, eine verlässliche Grundgröße und Grundlaufzeit für das Gymnasium per Gesetz festzulegen. Das soll mit unserem Gesetzentwurf geschehen. Der Artikel 9 soll geändert werden. Darauf aufbauend soll in Ruhe und mit allen hier im Hause Beteiligten und mit den Beteiligten aus der Schulfamilie die Diskussion geführt werden; denn neben der Laufzeit ist für uns, die SPD-Fraktion, eines ganz zentral wichtig: Es kommt auf die Inhalte und die Ausgestaltung des Gymnasiums an. Das gilt übrigens auch für die anderen Schularten. Auch die Frage, wie eine Mittelschule oder eine Realschule aufgebaut ist, spielt eine Rolle. Das werden dann die Bildungspolitiker in den unterschiedlichen Fraktionen entwickeln. Für uns ist es wichtig, dass wir zu einer verlässlichen Entscheidung kommen, die für Ruhe an den Schulen und verlässliche Rahmenbedingungen für die Schulen sorgt. Das wollen wir machen.

Ich persönlich könnte auch mit dem Gesetzentwurf der GRÜNEN leben. Kerninhalt des Entwurfs der GRÜNEN ist, dass wir die Unter- und Mittelstufe mit den 30 Stunden entschleunigen und bis zur zehnten Klasse neu gestalten. Darüber haben wir auch mit

den FREIEN WÄHLERN einen großen Konsens. Mir persönlich ist es sehr sympathisch, eine Beschleunigungsspur, wahrscheinlich sogar eine Überholspur im Sinne der flexiblen Oberstufe einzuführen. Zu den Inhalten wäre es auch ein Vorschlag unserer Fraktion, für die schnellen und leistungsstarken Schüler Überholspuren einzubauen. Eine dieser Überholspuren könnte eine flexible Oberstufe sein. Ob sie so sein muss, wie es der Gesetzentwurf der GRÜNEN vorsieht, bezweifle ich im Moment. Von der Kultusministerkonferenz wird dagegen vermutlich eine gewisse Skepsis kommen. Das ist aber eine Option, genauso wie auch das von der Schule begleitete Überspringen einer Klasse eine Option ist. Als dritte Option will ich eine Beschleunigung über eine gute pädagogische Konzeption in Form eines gebundenen Ganztagsangebots aufrechterhalten.

Letztendlich werden wir nicht darum herumkommen, entweder das Gesetz so zu lassen oder es zu verändern. Der Vorschlag der SPD-Fraktion lautet: Bevor wir die inhaltliche Diskussion führen, sollten wir uns darüber verständigen, ob wir das Gymnasium auf neun oder auf acht Jahren aufbauen. Unser Vorschlag ist auf dem Tisch. Wir wollen es auf neun Jahren aufbauen. Ich hoffe, dass wir in den weiteren Diskussionen im Bildungsausschuss und in der Zweiten Lesung in diesem Hause zu einem Ergebnis kommen. Drücken werden wir uns davor nicht können. Irgendwann werden wir diese Frage zu beantworten haben. Deshalb glaube ich, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, hier diesen Gesetzentwurf einzubringen, um die richtige Linie vorzugeben.

Deshalb bin ich guten Mutes, dass wir hier die Mehrheit der Schulfamilie hinter uns haben. Wenn man Bilanz zieht, können wir, so glaube ich, sagen – das zeigen auch Umfragen -, dass insgesamt mehr Menschen – Eltern, Lehrer, Schüler – in Richtung des neunjährigen Gymnasiums unterwegs sind als in Richtung eines achtjährigen Gymnasiums.

(Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Das bilden wir mit diesem Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Güll. Unser nächster Redner ist Herr Kollege Gehring. Bitte schön, Herr Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Zeitschrift "Das Gymnasium in Bayern" wurde der Prozess der gegenwärtigen Diskussion um das Gymnasium in Bayern kürzlich mit den Worten "Times - they are changing" beschrieben. Wir GRÜNEN haben uns an diesem Prozess sehr aktiv beteiligt. Im Januar haben wir zu einem großen Gymnasialkonvent eingeladen, der gut besucht war und wo die gymnasiale Familie mit Experten aus anderen Bundesländern diskutiert hat. Wir haben ein Gutachten bei Professor Klemm aus Essen in Auftrag gegeben; er hat die Schwierigkeiten deutlich gemacht, zwei gymnasiale Züge flächendeckend in Bayern anzubieten, und etwas über die Kosten ausgeführt. Er hat auch gesagt, wo die Probleme in der Oberstufe in Bayern sind und wie ein neues Oberstufenmodell aussehen könnte.

Wir haben im Ausschuss eine Anhörung zu diesem Thema beantragt, und das war eine sehr gute Anhörung – mit sehr guten Beiträgen, sehr guten Experten. Heute legen wir diesen Gesetzentwurf vor. Es ist gut, dass nun die verschiedenen Konzepte auf dem Tisch liegen. Beim Gesetzentwurf der SPD gefällt mir die Botschaft nicht, die er ausstrahlt; vielleicht ist sie auch gar nicht intendiert. Aber wenn da von der "Wiedereinführung des G 9" die Rede ist, klingt das nach einem Zurück zum G 9, und das kann einfach nicht die Lösung der Probleme sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CSU – Inge Aures (SPD): Jetzt klatschen schon die CSUler für die GRÜNEN; Donnerwetter!)

Diese Probleme sind: Das Gymnasium hat sich verändert. Die Übertrittsquote ist ganz stark gestiegen; die Lebenswelt der Jugendlichen verändert sich. Allein wenn ich das Thema Digitalisierung nenne, wird deutlich, dass wir noch vor großen Aufgaben stehen. Deswegen ist es uns wichtig, in unserem Gesetzentwurf auf die Bedeutung der

inhaltlichen Reformen des Gymnasiums hinzuweisen. Natürlich geht es auch um Zeit, um Zeit zum Lernen. Jeder und jede braucht seine/ihre Zeit, um zu lernen. Wir alle sind da sehr unterschiedlich. Jeder muss seinen Takt finden, jede muss ihren Takt finden, wie sie lernt und den Tag gestaltet. Wir sind der Überzeugung – das zeigt dieser Gesetzentwurf -, dass diese Frage nicht mit unterschiedlichen Zügen und Parallelstrukturen in der Unter- und Mittelstufe gelöst werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum einen muss nach der vierten Klasse bzw. nach der sechsten Klasse nicht nur über die weiterführende Schulart entschieden werden, sondern auch noch darüber, welcher Zweig in der Unterstufe es denn sein soll. Damit würde der Entscheidungsdruck auf die Eltern ein weiteres Mal erhöht. Zum anderen kennen wir alle die Pubertät, wir wissen, wie unterschiedlich und wie unterschiedlich schnell sich die Menschen entwickeln. Daher kann nur sehr schwer prognostiziert werden, wie jemand in der siebten, in der neunten oder zehnten Klasse zurechtkommt, ob er ein schneller oder ein eher langsamer Schüler ist. - Dazu kommt, dass Schülerinnen und Schüler bei diesen Modellen aus der Klassengemeinschaft herausgenommen werden. Das gilt auch für das Modell der Philologen. Auch das ist nicht umsetzbar und wird nicht auf große Zustimmung stoßen. Es ist mit seinen Doppelstrukturen vor allem in kleineren Schulen nicht oder kaum durchführbar und würde dort für große Probleme sorgen.

Wir sagen: Lernen im eigenen Takt heißt, die Situation des einzelnen Schülers, der einzelnen Schülerin zu sehen. Junge Leute am Gymnasium – ich denke nur an die zehnte Klasse, wo 16 Fächer unterrichtet werden und im Zeugnis stehen -, gerade in der Mittelstufe, hetzen durch den Vormittag. Bei fünf bis sechs Stunden und sechs unterschiedlichen Fächern an einem einzigen Vormittag ist kein sinnvolles Lernen möglich. Kein Erwachsener würde eine Fortbildung für Erwachsene so organisieren, wie wir heute immer noch an vielen Schulen einen gymnasialen Schulvormittag organisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen also andere Formen der Unterrichtsorganisation und des Lernens, eben fächerübergreifenden Unterricht. Ich weiß, da bewachen natürlich die Fachschaften ihre Pfründe, aber wir müssen an die Fächerverbünde heran. Wir müssen das Projektlernen stärken, wir brauchen vielleicht auch mehr periodisches Lernen. Dabei bearbeitet man das eine Fach ein halbes Jahr vertieft, und im nächsten halben Jahr vertieft man das Lernen im anderen Fach.

Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir erstens den Schulen die Aufgabe geben, die entsprechenden pädagogischen Konzepte zu entwickeln; dem Kultusministerium wollen wir die entsprechenden Freiräume geben, damit die Schulen ihren Weg zu einer besseren pädagogischen Organisation der Unter- und Mittelstufe gehen können. Zweitens sagen wir: Jungen Leuten von 16, 17 Jahren ist die Entscheidung durchaus zuzutrauen, ob sie letzten zwei oder drei Jahre schneller oder langsamer durch die Schule gehen, ob sie mehr Zeit brauchen, um etwas aus der Mittelstufe zu vertiefen oder nicht. Diese Entscheidungsfreiheit würde den Druck aus der Mittelstufe nehmen, wenn man hier etwas den Deckel "lupft" und wenn der Betreffende weiß, dass er noch etwas nachholen kann. Damit würde den Schülerinnen und Schülern auch die Gelegenheit gegeben, vielleicht ins Ausland zu gehen, ein Praktikum zu machen oder zu entscheiden, die Oberstufe in zwei Jahren schnell durchzuziehen.

Die Abschaffung der Leistungskurse erweist sich als Fehler, wie auch viele Lehrerinnen und Lehrer sagen. Das ist ein weiterer wichtiger Punkt, wenn es um das vertiefte Lernen geht. Nachdenklichkeit und Reflexionsfähigkeit zu fördern, ist nämlich auch eine Aufgabe des Gymnasiums.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen plädieren wir dafür, das Kurssystem zumindest ein Stück weit in der Oberstufe wieder einzuführen, damit vertieft gearbeitet und die Studierfähigkeit erworben werden kann. Das sollte eigentlich das Ziel des Abiturs sein.

Wir fordern also pädagogische Reformen für die Unter- und Mittelstufe – Druck herausnehmen –, eine Oberstufe in zwei Geschwindigkeiten und die Einführung von Leistungskursen. Mit unserem Gesetzentwurf machen wir einen Vorschlag für die Reform des Gymnasiums und legen das Konzept auf den Tisch, wie das Gymnasium der Zukunft nach unserer Vorstellung ausschauen muss. Mit unserem Gesetzentwurf garantieren wir – das gilt auch für die SPD -, dass dieses Thema nicht zu Ende ist, ganz egal wie das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER ausgeht. Das Thema Gymnasialreform wird im Herbst hier im Landtag verhandelt und in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Jetzt liegen die Konzepte auf dem Tisch.

Das Angebot des Kultusministers nehmen wir natürlich an, Werkstattgespräche zu führen, um zu sehen, wo wir auf gemeinsame Lösungen kommen. Manchmal findet man eher Gemeinsamkeiten, wenn man zunächst einmal die unterschiedlichen Herangehensweisen herausarbeitet; dann hat man die Auswahlmöglichkeit und kann überlegen, wohin man geht. Wenn wir da einen gemeinsamen Weg finden, wird's gut; wenn nicht, werden wir hier darüber debattieren und die Auseinandersetzung suchen. Ich bin sicher: Das bayerische Gymnasium, die bayerische Schullandschaft generell braucht diese Debatten. Wir werden sie führen; wir werden den Druck aufrechterhalten. Ich versichere Ihnen: Wir werden im Herbst noch einmal heftig um die Zukunft des bayerischen Gymnasiums ringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Gehring. Nächster Redner ist der Kollege Lederer. Bitte schön.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir hier bereits die eigenwilligen und unrealistischen Vorschläge der FREIEN WÄHLER zum Gymnasium diskutiert haben, haben wir nun den eigenwilligen und inhaltsarmen Vorschlag der SPD

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Auf den Ihren warten wir immer noch! Sie geben einfach ein leeres Blatt ab!)

und den eigenwilligen, aber leider nicht KMK-konformen Vorschlag der GRÜNEN auf dem Tisch. Das bedeutet: Wir haben hier im Landtag drei Oppositionsparteien, die sich lediglich in der Ablehnung des bayerischen Gymnasiums in seiner heutigen Form und natürlich in der Ablehnung der ergebnisoffenen Beendigung des Dialogprozesses einig sind.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wie kann man etwas "ergebnisoffen beenden"?)

Die drei Oppositionsparteien haben aber vollkommen unterschiedliche Vorstellungen davon, wie das Gymnasium der Zukunft in Bayern ausschauen soll.

(Margarete Bause (GRÜNE): Sie haben jedenfalls gar keine! – Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Können Sie sagen, wie es nach den Vorstellungen der CSU aussieht?)

Das zeigt: Die drei Oppositionsparteien haben keinerlei gemeinsamen Nenner für die Bildungspolitik in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Während die FREIEN WÄHLER künftig G 8 und G 9 gleichzeitig anbieten wollen und damit eine Gefährdung vieler kleiner Gymnasien im ländlichen Raum in Kauf nehmen, will die SPD jetzt wieder zurück zum G 9. Herr Güll, es ist interessant, dass Sie jetzt zum G 9 zurück wollen, obwohl Sie doch zu den Zeiten, als wir noch das G 9 hatten, kein gutes Haar am G 9 gelassen haben.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen gibt es auch bei der SPD Bildungsexperten, aber aus anderen Bundesländern, die nach wie vor fordern, wir sollten das G 8 belassen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir wollen Wahlfreiheit!)

Nichtsdestotrotz: Die Bayern-SPD will wieder zum G 9 zurück, macht aber leider keinerlei oder nur sehr wenige Vorschläge zu dessen künftigen Inhalten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Noch weniger als ihr macht sie nicht!)

Das einzige, was ich herausgelesen habe, war: 265 Pflichtstunden auf neun Jahre verteilt. Das heißt aber, dass wir in der Unterstufe weniger als 30 Wochenstunden hätten. Die Gymnasial-Kinder hätten dann weniger Unterricht pro Woche als die Viertklässler in der Grundschule. Was ist denn dann mit mehr Zeit für die Individualisierung und mehr Zeit für die Kernfächer, die Sie immer wollten, wenn Sie die Stundenzahl nicht erhöhen wollen?

(Martin Güll (SPD): Das machen wir schon!)

Darauf geben Sie leider keine Antwort. Völlig anders ist dagegen der Vorschlag der GRÜNEN zum Gymnasium plus. Dieser Vorschlag ist möglicherweise angelehnt an "LehrplanPLUS". Die GRÜNEN wollen grundsätzlich ein G 8, aber mit flexibler Oberstufe. Hier liegt das Problem begründet; denn die flexible Oberstufe geht nicht mit den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz konform.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So genau geht es da nicht!)

Dieser Vorschlag ist also in absehbarer Zeit nicht in die Praxis umzusetzen. Ich frage mich deshalb, warum Sie jetzt, zu dieser Zeit, einen solchen Vorschlag machen, obwohl Sie wissen, dass er nicht KMK-konform ist. Das lässt fast vermuten, dass es Ihnen weniger um Fakten als vielmehr um Emotionen geht.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin der Meinung, die Debatte ist emotional genug. Wir brauchen mehr Versachlichung. Die Bayerische Staatsregierung hat deshalb einen Dialogprozess begonnen. Sie will ein von möglichst vielen Beteiligten akzeptiertes Modell für das bayerische

Gymnasium erarbeiten. Dabei wollen wir aber kein Gymnasium light wie die SPD, bei dem Kinder in der Unterstufe um 12.00 Uhr nach Hause geschickt werden. Wir wollen auch keinen mit den KMK-Beschlüssen unvereinbaren G-8-plus-Umbau à la GRÜNE.

(Martin Güll (SPD): Sondern?)

Wir wollen eine inhaltlich-pädagogische Weiterentwicklung des Gymnasiums, um der Heterogenität der Schülerschaft, wie die Experten sagen, noch besser gerecht zu werden.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Wie soll das aussehen?)

Deshalb sollte der sachliche und konstruktive Dialogprozess tatsächlich ergebnisoffen zu Ende geführt werden, bevor wir mit Vorschlägen in die Öffentlichkeit gehen. Sonst wird dieser Prozess konterkariert. Ich fordere Sie daher auf, sich wieder an dem offenen Dialogprozess zu beteiligen; denn wir wissen: Das G 8 für alle ist genauso überholt wie das G 9 für alle. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Lederer, bitte bleiben Sie noch ein wenig hier. Herr Kollege Gehring hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

(Zuruf von der CSU: Die Frau Bause!)

- Aber Frau Bause hat Herrn Kollegen Gehring ihre Zwischenbemerkung geschenkt.

Thomas Gehring (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Lederer, von uns GRÜNEN kann man lernen, wie man in einer Fraktion miteinander umgeht. Ich weiß nicht, wie die Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion beim Thema Gymnasium miteinander umgehen, und wie sie mit dem umgehen, was der Herr Kultusminister und der Herr Kultusstaatssekretär sagen. Eigentlich wird von Ihnen nicht gesagt, was gemacht werden soll.

Sie sagen, Sie wollten sich an einem ergebnisoffenen Dialogprozess beteiligen. Wenn man sich an einem Dialog beteiligt, bedeutet das, dass mindestens zwei miteinander reden. Wenn einer etwas sagt, muss der andere auch etwas sagen. Uns würde einmal interessieren, was Sie in diesen Prozess einbringen. Kommt da irgendwas, irgendwelche Eckpunkte oder Stichpunkte? Könnten Sie uns einmal teilhaben lassen an dem Dialog, den Sie mit uns führen wollen?

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Wir haben doch bei der Anhörung mit Experten geredet!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Kollege Lederer.

Otto Lederer (CSU): Herr Kollege Gehring, Sie waren doch bei der Expertenanhörung dabei. Sie haben doch gehört, worum es eigentlich geht: Die Strukturfrage, ob G 8 oder G 9, ist eigentlich die falsche Frage. Wir müssen uns darüber unterhalten, wie wir das personalisierte Lernen weiter voranbringen. Das sind die Inhalte. Darüber müssen wir uns klar sein. Interessant ist, dass in diesem Dialogprozess über diese Frage auf wissenschaftlicher Ebene sehr sachlich diskutiert wird. Hier gibt es sehr viele gemeinsame Nenner. Das Thema der Struktur, ob G 9, wie von der SPD, oder G 8, wie von den GRÜNEN vorgeschlagen, muss am Ende dieses Prozesses stehen.

Sie machen eine Umkehrung. Sie sagen, obwohl wir noch mitten im Prozess sind, dass Sie das G 9 oder das G 8 wollen. Wir müssen die Inhalte weiter vorantreiben und am Ende sehen, zu welcher Struktur wir kommen wollen. Wir wollen diesen Prozess nicht vorzeitig dadurch beenden, dass wir uns auf eine bestimmte Struktur einlassen. Wir wollen zunächst die Inhalte weiterentwickeln. Das ist uns wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Felbinger gemeldet.

(Martin Güll (SPD): Mach es kurz, Günther!)

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, wir sind in einer spannenden Zeit. Zwei Tage vor unserem Volksbegehren zaubern SPD und GRÜNE ihre Gesetzentwürfe für das bayerische Gymnasium aus dem Hut nach dem Motto: Wir wollen auch noch mitreden. Herr Kollege Güll, ich gebe Ihnen absolut recht, wenn Sie feststellen: Man meint, es gebe momentan nichts Wichtigeres in der Bildungspolitik als diese Diskussion um die Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums. Ich sage Ihnen auch, warum das so ist: Wir haben diesem Thema mit unserem Volksbegehren viel Dynamik verliehen und einen Prozess angestoßen, der nicht mehr zu stoppen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke den Fraktionen der GRÜNEN und der SPD dafür, dass wir heute dieses Thema noch einmal aufzäumen können. Damit können wir nämlich einmal Ihr Fähnchen-wechsel-dich-Spiel entlarven. Herr Kollege Güll, Sie sind vorhin ans Pult getreten und haben einen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung des G 9 präsentiert, abgeschrieben vom Philologenverband und ein bisschen fehlgedeutet mit sozialdemokratischer Ideologie. Das zeigt auch, wie Sie mit Ihren Mitgliedern umspringen. Sie haben Ihren Mitgliedern in einem Schreiben erklärt, der Philologenverband und die Landes-schülervertretung hätten sich der SPD-Meinung für eine neunjährige Regelschullaufzeit angeschlossen. Es ist kein Wunder, dass SPD-Mitglieder auf mich zugekommen sind und mich gefragt haben: Was will denn meine SPD noch?

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Da sind Sie der richtige Ansprechpartner!)

Einerseits sprechen Sie in Ihrem Gesetzentwurf von einer starren Regellaufzeit von neun Jahren, andererseits sprechen Sie in Ihrem Schreiben an die Mitglieder von einer flexiblen Oberstufe. Was wollen Sie denn nun? Dieses Fähnchen-wechsel-dich-Spiel sind wir von der SPD in dieser Frage gewohnt; denn vor der Landtagswahl haben Sie noch das Wahlrecht gefordert. Nun fordern Sie eine starre Laufzeit und

mehr Flexibilität. Meine Damen und Herren, mehr Widerspruch geht gar nicht. Wundern Sie sich nicht, wenn die Mitglieder nicht mehr wissen, wo Sie stehen.

Ich wundere mich aber auch über den Gesetzentwurf der GRÜNEN, die im Landtagswahlkampf noch fest zum G 8 gestanden sind und jetzt mit einem Potpourri inhaltlich-pädagogischer Flexibilisierungsmaßnahmen glänzen, bis hin zu dem Vorschlag, dass die zweite Fremdsprache aufs Spiel gesetzt werden soll. In diesem Gesetzentwurf sind einige handwerkliche Fehler enthalten. Außerdem, das ist bereits gesagt worden, ist dieser Gesetzentwurf nicht einmal KMK-konform.

Lieber Kollege Gehring, eine Qualitätssteigerung sieht anders aus. In Ihrem Gesetzentwurf schimmert im Hintergrund ein bisschen die Gemeinschaftsschule durch. Ich hätte mir von beiden Gesetzentwürfen etwas mehr erwartet. Sie wurden mit heißer Nadel gestrickt und haben allerhand Webfehler.

Eines muss ich Ihnen jedoch zugute halten: Sie haben im Gegensatz zur CSU wenigstens etwas zu Papier gebracht. Die CSU nörgelt nur und sagt, was man nicht machen kann. Sie hinterfragt nur. Staatsminister Spaenle würde noch immer am Salvatorplatz sitzen und Däumchen drehen, wenn wir ihm hier nicht Beine gemacht hätten, damit sich endlich etwas bewegt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der CSU)

Fakt ist doch und wahr ist, dass die Anmeldezahlen für die fünften Klassen im nächsten Schuljahr zeigen, dass das G 8 gerade im ländlichen Raum immer mehr an Akzeptanz verliert, vor allem in den Bezirken Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Quatsch!)

Der Anteil der Kinder, die sich für das Gymnasium entscheiden, wird immer geringer. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: zu viel Nachmittagsunterricht, zu viel Leistungsdruck. Deswegen müssen wir diesen Trend stoppen. Wir werden das mit unserem Volksbegehren auch tun. Wir sind unideologisch, und es ist uns wichtig, dass es beide

Wege gibt, das G 9 und die Möglichkeit, das Gymnasium auch in acht Jahren zu bestreiten. Wir FREIEN WÄHLER werden eine weitere Absenkung des Niveaus am Gymnasium nicht mitmachen. Wir werden es nicht zulassen, dass das Gymnasium zur Gemeinschaftsschule wird. Wir wollen mehr Qualität am Gymnasium, damit das Gymnasium endlich wieder zum Flaggschiff des bayerischen Schulsystems wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen, dass das Gymnasium die Persönlichkeit bildet und Arbeits- und Studierfähigkeit ermöglicht. Wir wollen, dass das G 9 in Bayern wieder möglich wird. Damit das geschehen kann, ist die Unterschrift bei unserem Volksbegehren das einzige wirklich überzeugende Mittel. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Felbinger. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Bildung und Kultus als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.